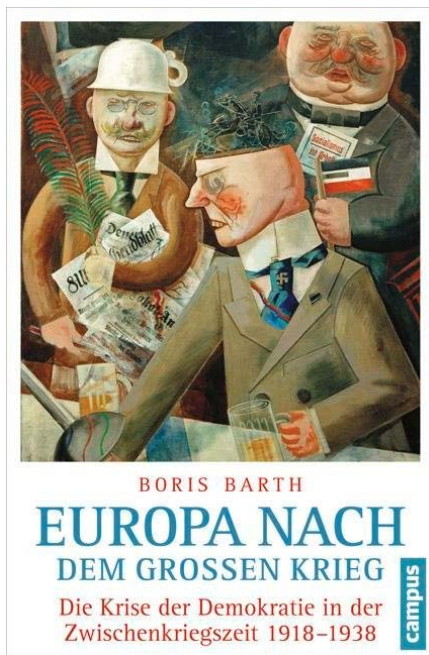


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Boris Barth: Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918–1938.

Frankfurt/New York: Campus, 2016, 361 S., ISBN: 978-3-593-50521-3



In den letzten Jahren ist ein zunehmender Trend zu beobachten: Die Zwischenkriegszeit wird nicht mehr nur aus der Warte einer Nation und im Lichte eines gesellschaftlichen Teilfeldes, wie etwa Politik oder Wirtschaft betrachtet. Vielmehr soll die Krise oder die Krisen der damaligen Gesellschaft in ihrer Vielschichtigkeit und Verzahnung sichtbar gemacht werden. In diesem Sinne legt nun Boris Barth seine Geschichte Europas nach dem Großen Krieg vor. Dabei hebt er – so der Untertitel – vor allem auf „Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918–1938“ ab.

Barth geht es darum, die Gründe für den Kollaps demokratischer Staatswesen zu untersuchen – eine Fragestellung, die er im Gegensatz zur Geschichte autoritärer Regime als noch nicht ausreichend beforscht betrachtet (S. 21). Aufgrund der Schwierigkeit, eine europäische Geschichte in ihrer Gesamtheit zu schreiben, beschränkt Barth seine Argumentation auf „ausgewählte Problemfelder“ (S. 21). Diese sollen die Krisenhaftigkeit der Zwischenkriegsdemokratien aufzeigen.

Er benennt vier Elemente, um den Rahmen der Krise der Demokratie zu skizzieren: Die Pariser Vorortverträge und die daraus resultierende Weltordnung (2. Kapitel), die paramilitärischen Konflikte der Nachkriegszeit (3. Kapitel), Ethnisierungen und Vertreibungen (4. Kapitel) und schließlich die „unzulänglichen Rekonstruktionen der Ökonomien“ (5. Kapitel). Von diesen vier Problemlagen ausgehend, widmet sich Barth sodann der Krise des Parlamentarismus über einen Blick auf den allgemeinen „Kampf um die Staatsform“ (6. Kapitel) und die „Offensive gegen den Parlamentarismus“ (7. Kapitel), bevor er seine Studie mit einem sehr knappen Fazit abschließt.

Barth beschreibt die ambitionierten Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg als eine neue Weltordnung, die aus heterogenen Interessen geboren wurde und doch den Interessen kaum eines Staates gerecht wurde. Die Neuordnung habe dazu geführt, dass bis auf Großbritannien und die Tschechoslowakei nur Staaten mit mehr oder minder großem Interesse an einer Revision des Vertragswerkes aus den Verhandlungen hervorgingen (S. 31f.). Begleitet wurde diese Ordnung der europäischen Staatenwelt durch eine sich entfaltende „transnationale Zone paramilitärischer Gewalt“ (S. 52) und ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle beim Minderheitenschutz (S. 96), dessen Fehlen in großen Teilen des alten Kontinents zu einer punktuellen und strukturellen Gewalt gegen Minderheiten führte (S. 97f.). Schließlich geht Barth auf die ökonomische Problemlage der 1920er Jahre ein, indem er in sehr klaren, erhellenden Passagen Inflation, Landreform und internationales Finanzwesen als Bereiche beschreibt, die in nahezu *allen* europäischen Ländern dazu beitrugen, wirtschaftliche Krisen entstehen zu lassen oder Lösungen zu blockieren.

Vor dem so argumentativ bereiteten Hintergrund deutet Barth die Krise des Parlamentarismus in den 1930er Jahren im Sinne Tim B. Müllers als kreative Bewältigung existenzieller Krisen (S. 149) und vermeidet so eine allzu vorhersehbare Setzung westlicher Demokratien

gegen mittel-, ost- und südeuropäische Wege zu (faschistischen) Diktaturen. Vielmehr gelingt es Barth, gesamteuropäische Trends und Phänomene sinnvoll hervorzuheben.

Beispielhaft zeigt sich das an seinen Ausführungen zum Liberalismus der Zwischenkriegszeit. Die Krise des Parlamentarismus wird bei Barth auch als eine Niedergangsgeschichte des Liberalismus (S. 148) beschrieben. Zwar verknüpft er das erfolgreiche Schaffen parlamentarischer Institutionen durch liberale Parteien vor dem Krieg mit dem Überdauern republikanischer Staatswesen nach der militärischen Auseinandersetzung. Allerdings benennt er auch klar, warum der Liberalismus nach 1918 europaweit in eine Krise kam. Er führt das Erwachen eines „ent-liberalisiert[en]“ Nationalismus ebenso an wie das Scheitern liberaler Wirtschaftsvorstellungen an den ökonomischen Gegebenheiten der Nachkriegszeit. Auch die politische Organisation des Liberalismus in Honoratiorenparteien wird kritisch bemerkt (S. 152-154). Neu ist all dies nicht, doch besticht Barths konsequenter Versuch, dies auf einer europäischen Ebene nachzuweisen und es mit einer ebenso als europäisch zu definierenden, breiten antiliberalen Einstellung zu kontrastieren. Während er als Beispiel für antiliberalen Einstellungen die Futuristen in Italien, aber auch den Wählerschwund der liberalen Parteien in Deutschland anführt, erläutert er am Beispiel Frankreichs, Schwedens und der Tschechoslowakei seine These vom Zusammenhang „zwischen dem Niedergang des Liberalismus und dem Aufstieg autoritärer Systeme“ (S. 155). Zwar gab es auch in diesen Ländern starke Kritik am System, die wiederum aus einer antiliberalen Haltung gespeist wurde, doch verlor der Liberalismus in all seinen Formen dort nicht an parlamentarischer Präsenz. So zeigt sich an Barths Ausführungen über den Liberalismus, wie schwierig der Spagat zwischen allgemeinen Aussagen über die Politik der Zwischenkriegszeit und den erforderlichen Spezifikationen ist. Wenngleich Barths Schilderung des Liberalismus schlussendlich zu überzeugen vermag, gelingt ihm die Abwägung aus Verallgemeinerung und spezieller Fallschilderung an anderen Stellen weniger gewinnbringend – etwa wenn es um verschiedene Regierungsformen in Europa geht. Hier referiert er mehr als zu synthetisieren. Jedoch bereichert sein dabei immer wieder hervortretender Blick auf weniger im Fokus der deutschsprachigen Forschung stehende Gegenden wie Rumänien, Jugoslawien oder Portugal ungemein. Überraschend sind allenfalls der verhältnismäßig geringe Rekurs auf Großbritannien und der oftmals zwar informative Blick auf außereuropäische Gesellschaften, der jedoch zu selten explizit an die europäische Kernargumentation des Buches rückgebunden wird.

Es bleibt festzuhalten: Barth kann mit seinem paneuropäischen Blick aufdecken, dass fehlende Angebote republikanischer Kriegsdeutung, technokratische Fantasien und Führerkulte kein rein deutsches Phänomen waren, sondern in allen Staaten anzutreffen waren, die schließlich der „Versuchung des totalen Staates“ (S. 269) erlagen oder zu erliegen drohten. Auch die Begleitumstände ähnelten sich in vielen Staaten, ohne aber hinreichende Bedingungen für den Aufstieg autoritärer Regierungen zu sein. Allerdings könnte die Argumentationslinie klarer gezogen sein. Einerseits eröffnet der Band ein faszinierendes, an einigen Stellen fürwahr transnationales Panorama der schwierigen Problemlagen der europäischen Zwischenkriegszeit. Hier kann der vergleichende Blick restlos überzeugen. Die enge Verzahnung europäischer Lebenswirklichkeiten wird so beeindruckend aufgezeigt. Andererseits versäumt Barth es, seine Fallbeispiele konsequent aufeinander zu beziehen und überhaupt seine Fallauswahl sinnvoll zu begründen. Daher wirkt seine Studie in manchen Passagen handbuchartig. Auch wird insbesondere in den ersten vier Kapiteln nicht immer klar, welcher Bezug zu der in Untertitel und Einleitung als zentrale Untersuchungskategorie genannten „Krise der Demokratie“ besteht. Überhaupt hätte man sich eine genauere Auseinandersetzung mit Begriffen wie „Demokratie“ und „Parlamentarismus“ gewünscht. Diese müssen ja nicht deckungsgleich sein, werden in diesem Buch aber oftmals so verwendet.

Auch wenn Barths Buch in diesem Sinne zielführender auf die Kernthese hätte durchdacht werden können, legt er doch eine beachtenswerte europäische Geschichte der krisenhaften Zwischenkriegszeit vor. Allerdings muss bei der vorliegenden Darstellung offenbleiben, ob es sich bei den ausgewählten Untersuchungsgegenständen nicht um eine *selection bias* han-

delt, die vor allem dazu dient, Barths These zu stützen. Andere Untersuchungsgegenstände hätten die Zwischenkriegszeit vielleicht weniger als „morbid age“ (Richard Overy) und mehr als „Laboratorium der Moderne“ (u.a. Heinrich August Winkler) erscheinen lassen. Nichtsdestotrotz ist das Buch als meisterlich recherchiertes und kondensiertes Kompendium über die gedeutete und wahrgenommene Krisenhaftigkeit der Zwischenkriegszeit gerade deshalb zu empfehlen, weil es den europäischen Blick in den besten Momenten der Studie ausgesprochen gewinnbringend einsetzen kann und neue Impulse für eine europäische, vergleichende wie transnationale Geschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit anzubieten mag.

Darmstadt

Volker Köhler

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net